

Zeitschrift: Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun

Herausgeber: Lehrpersonen Graubünden

Band: 71 (2009)

Heft: 2: Ethik und Religion

Artikel: Aus dem Grossen Rat - Februarsession 2009 : Kantonale Ethikinitiative

Autor: Locher Benguerel, Sandra

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-357653>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus dem Grossen Rat – Februarsession 2009

Kantonale Ethikinitiative

Im Herbst 2007 wurde von den JungsozialistInnen Graubünden (JUSO) die Ethikinitiative eingereicht. Die Initianten und Initiantinnen regen an, das Fach Religion zu überdenken und lancieren damit eine breite Diskussion.

von SANDRA LOCHER BENGUEREL, GROSSRATS-STELLVERTRETERIN, CHUR

Umfrage zur religiösen Bildung an der Volksschule

Im Jahr 2005 führten die beiden Landeskirchen gemeinsam mit dem Amt für Volksschule und Sport bei den Schulträgerschaften eine Umfrage betreffend Religionsunterricht in der Volks- und Sonderschule des Kantons Graubünden durch. Mit einem Rücklauf von 70% weist die Erhebung eine hohe Repräsentativität auf.

Die aufgezeigten Ergebnisse gelten für den ganzen Kanton. Dabei gilt es zu bedenken, dass einzelne Gemeinden beträchtlich von den Mittelwerten abweichen. In der Stadtschule Chur beispielsweise besuchten im Schuljahr 04/05 fast 20% der Schülerinnen und Schüler keinen Religionsunterricht. Auffallend war in der Erhebung der Oberstufe, dass an fast 40% der Real- und Sekundarschulen lediglich eine der in der Stundentafel vorgesehenen 2 Lektionen erteilt wird. Die Resultate:

A. Primarschüler und -schülerinnen
- 9% besuchen keinen Religionsunterricht
- 13% besuchen einen ökumenischen Unterricht
- ca. 8% gehören keiner Landeskirche an

B. Realschüler und -schülerinnen

- 12% besuchen keinen Religionsunterricht
- 24% besuchen einen ökumenischen Unterricht
- 10,5% gehören keiner Landeskirche an

C. Sekundarschüler und -schülerinnen:

- 7% besuchen keinen Religionsunterricht
- 24% besuchen einen ökumenischen Unterricht
- ca. 5,5% gehören keiner Landeskirche an

Die detaillierten Resultate können nebenstehenden Tabellen¹ entnommen werden.

lose gemeinsam grundlegende Fragen des Zusammenlebens behandeln. Er soll Möglichkeiten für den kulturellen Austausch sowie für die Vermittlung und das Hinterfragen von Werten schaffen.

An der Bündner Jugendsession hat sich im Mai 2007 eine Mehrheit für die Einführung des Ethikunterrichts ausgesprochen. Zudem unterstützen die Jungfreisinnigen des Kantons Graubünden die Initiative.

Die Ethikinitiative sieht vor:

2 Lektionen obligatorischer Ethikunterricht (teaching about religion), verantwortet durch den Staat

Lösungsvorschlag der Landeskirchen «Modell 1+1»

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Umfrage im Jahr 2005 erarbeitete eine interkonfessionelle Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem EKUD den Bericht «Zukunft des Religionsunterrichts im Kanton Graubünden». Die Erkenntnisse daraus führten die evangelisch-reformierte sowie die römisch-katholische Landeskirche zum Vorschlag «Modell 1+1». Das Modell umfasst eine obligatorische Wochenlektion «Religion und Ethik», welche vom Staat verantwortet wird. Weiterhin soll eine Lektion «Religionsunterricht» Bestandteil der Stundentafel der Volkschule sein, welche gemeinsam von den beiden öffentlich-rechtlich anerkannten



Landeskirchen verantwortet wird. Dies soll mit einer Änderung des Artikels 7 des Schulgesetzes geschehen.

Für die Umsetzung des «Modells 1+1», insbesondere für die Weiterbildung der Lehrpersonen, wird eine Kooperation von Landeskirchen und Kanton angestrebt. Zudem soll das «Modell 1+1» gestaffelt eingeführt werden, zuerst an der Oberstufe und später an der Primarstufe. Der Gegenvorschlag wird von beiden Landeskirchen und der Regierung des Kantons Graubünden unterstützt.

Das «Modell 1+1» sieht vor:

1 Lektion obligatorisch «Religion und Ethik» (teaching about religion), verantwortet durch den Staat +
1 Lektion «Religionsunterricht» (teaching in religion), verantwortet von den Landeskirchen

auch eine Bewährungsprobe für die erfolgreiche Zusammenarbeit beider Landeskirchen und folglich auch der Ökumene sei. Anlass zur Diskussion gab auch die Frage der Qualifikation der entsprechenden Lehrpersonen. Einig schien man sich einzig darüber, dass der Religionsunterricht in einem Wandel begriffen sei.

Es sprachen sich viele für das «Modell 1+1» aus, einige für die Ethikinitiative und einige sprachen aus unterschiedlichen Gründen gegen beide Varianten. In der Detailberatung wurden zwei Anträge eingebracht; einer sah vor, den Ethikunterricht nur in der Oberstufe einzuführen, der andere wollte zwei Stunden Religionsunterricht beibehalten und alle, die ihm fernbleiben zu Ethikstunden verpflichten. Beide Anträge wurden abgelehnt.

In der Schlussabstimmung nahm der Grosse Rat mit 74:15 Stimmen den Gegenvorschlag «Modell 1+1» an. Am 17. Mai 2009 darf das Volk über die Vorlage entscheiden. Die Diskussion geht also weiter!

Die Geschäftsleitung LEGR spricht sich für eine Änderung des Status quo aus, will es jedoch offen lassen, ob die Ethikinitiative oder das «Modell 1+1» vorzuziehen ist. Die detaillierte Stellungnahme der GL wurde an die Schulhausdelegierten und an die Medien versandt. Sie kann auch auf www.legr.ch runtergeladen werden.

TABELLEN

	Kein Religions- total unterricht
--	--

A. Primarschule:

Evangelisch-reformiert	3587	37
Römisch-katholisch	3521	41
Ökumenischer Religionsunterricht	1238	5
Keiner Landeskirche angehörend	758	758
Keine Angaben	395	

STICHPROBE:

9'499 erfasste Schüler und Schülerinnen, wovon 841 keinen Religionsunterricht besuchen

B. Realschule:

Evangelisch-reformiert	375	3
Römisch-katholisch	471	7
Ökumenischer Religionsunterricht	353	8
Keiner Landeskirche angehörend	158	158
Keine Angaben	91	

STICHPROBE:

1'448 erfasste Schüler und Schülerinnen, wovon 176 keinen Religionsunterricht besuchen

C. Sekundarschule:

Evangelisch-reformiert	664	11
Römisch-katholisch	890	11
Ökumenischer Religionsunterricht	578	17
Keiner Landeskirche angehörend	128	128
Keine Angaben	152	

STICHPROBE:

2'412 erfasste Schüler und Schülerinnen, wovon 167 keinen Religionsunterricht besuchen

Debatte im Grossen Rat

Anlässlich der Februarsession 2009 behandelte der Grosse Rat die Ethikinitiative. Dabei erhielt das Anliegen grosse Aufmerksamkeit. Es entfachte sich eine emotionale Diskussion über ethische und religiöse Wertvorstellungen. Alleine in der Eintretensdebatte meldeten sich 23 Votantinnen und Votanten. Die Plädoyers zeigten auf, wie unterschiedlich sich die Meinungen zur Frage von religiöser und ethischer Bildung gestalten. Der heutige Wert- und Meinungspluralismus wurde sichtbar. Dabei standen immer wieder die Fragen im Zentrum: Wo liegt die Grenze zwischen Religion und Ethik? Wie soll sich künftig die Partnerschaft zwischen Kirche und Staat gestalten? Viele wiesen darauf hin, dass die aktuelle Diskussion

¹ Tabellen aus der Botschaft der Regierung Heft Nr. 13/2008 – 2009, S. 707 – 708